



Königreich Deutschland

Petersplatz 1
[06886] Zu Luth. Wittenberg

An
Amtsgericht Wittenberg
Dessauer Straße 291
06886 Wittenberg

Amtsgericht Wittenberg Wittschorek Eing.: 05. Jan. 2021 fach mit Anlage € Kosten M
--

Peter I.
Menschensohn des Horst und der Erika
aus dem Hause Fitzek
Petersplatz 1
zu [06889] Wittenberg
Staatsoberhaupt
keine „deutsche Staatsangehörigkeit“

Zustellungsbevollmächtigte:
RA Christin Konrad
Neutzscher Straße 14
04349 Leipzig

Lutherstadt Wittenberg, 04.01.2021

Sofortige Beschwerde

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es wird begehrt

- festzustellen, dass ein Prozesshinderungsgrund vorliegt, weil aufgrund der Stellung des Klageführers als Staatsoberhaupt ein Befassungsverbot/Vollstreckungsverbot besteht,
- das Verfahren endgültig wegen Strafvollstreckungshinderungsgründen gemäß § 206 a StPO einzustellen.

Hilfsweise:

- die Aussetzung des Strafrestes zur Hälfte der Gesamtstrafe gemäß § 57 Abs. 2 StGB festzulegen.

Höchst hilfsweise wird begehrt:

- die wegen überlanger Verfahrensdauer bereits als vollstreckt zu berechnende Zeit gemäß der bereits vorliegenden Urteile auf 3 Monate und 2 Wochen zu berechnen.
- die Aussetzung des Strafrestes gemäß § 57 Abs. 1 festzulegen.

Begründung:

Jedem, auch nur halbwegs Wissenden, ist längst klar, dass Wir keine erlaubnispflichtigen Versicherungsgeschäfte nach VAG getätigt haben, noch dass Wir ohne Fahrerlaubnis (des Landkreises Wittenberg) gefahren sind (wobei zudem vermieden worden ist zu klären, ob Wir eigene Fahrerlaubnisse auszustellen berechtigt sind) und Wir haben auch keine Urkundenfälschung begangen. Dazu befindet sich im Urteil kaum ein Satz, gleichwohl wurden Wir dazu verurteilt. Alles, was Sie und Ihresgleichen gegen Uns geurteilt haben, ist falsch – und Sie alle wissen das auch.

Da Sie aber die nicht remonstrierenden, uninformierten, kadavergehorsamen Scheinbeamten bewaffnet mit Maschinenpistolen losschicken können und Sie, als Ausbeutungssystemstützen, in

dieser Welt hier bisher niemand für Ihre Taten zur Verantwortung zieht, wundert Uns dies natürlich nicht (mehr).

Sobald Sie diese Ebene der Schwingung hier aber verlassen haben, da werden Sie alle Folgen Ihrer Taten am eigenen Leib erfahren. Wir wissen dies ganz genau, denn Wir sind der Menschensohn. Wir raten Ihnen, dies zu beachten und Ihrem Gewissen zu folgen.

Zudem wurde wieder, auch wie man das von Handlangern satanisch ausgerichteter Obrigkeit schon kennt, ein Zustellungsdatum gewählt (30.12.2020), bei dem die Einhaltung der fristhaltenden Gegenwehr erschwert ist. Schließlich beträgt die Frist für die sofortige Beschwerde nur eine Woche. Es ist natürlich eine Leistung Ihrerseits, den Beschluss schon am 30.11.2020 erstellt zu haben, dann das dazugehörige Schreiben auf den 28.12.2020 zu datieren, um es dann am 30.12.2020 erst zuzustellen. Das ist wohl Ihre Art der liebevollen Fürsorge und Ausdruck Ihres Fleißes. Da Wir und Unsere Jünger aber immer im Dienst sind, hat auch jemand den Briefkasten geleert und Uns das Schreiben zur Kenntnis gebracht. Und so ist es wohl vom Schöpfer gewollt, hier fristgemäß zu antworten.

Sachliche Gegenwehr, also Tatsachen vorzutragen, ist bisher in nahezu allen Verfahren nicht zielführend gewesen und dass ein Beweiserhebungsverfahren der Erforschung der Wahrheit dienen soll, steht auch nur in der Strafprozessordnung, wird aber nicht angewandt. Das können Wir nun auch substantiiert aufgrund Unserer Erfahrungen behaupten und auch beweisen. Aber auch all das wundert Uns nicht mehr. Es war ja Standard und nun endlich, in der Zeit der Apokalypse (Entschleierung), kann es auch gar nicht mehr anders sein, als all das zu offenbaren, was bisher für die Masse verborgen ward: Es besteht kollektive Sklaverei! Es gibt weder Recht noch Gerechtigkeit in diesen bestehenden satanischen Systemstrukturen – wie auch immer sie heißen und in welcher Form auch immer sie geführt werden. Alle werden getäuscht – auch Sie. Nun ist die richtige Zeit für die Offenbarung und schon fast die gekommene Zeit für Unser Handeln, was aber wiederum auch von Ihnen abhängt.

Dass Wir Ihnen (überhaupt noch) schreiben ist dem Umstand geschuldet, dass Wir IMMER Unser Bestes bei jeder Aufgabe geben, die Uns der Schöpfer anträgt. Zudem besteht auch die Möglichkeit, dass sich in der von Ihnen vertretenen satanischen Ordnung doch noch ein Mann/Weib mit Charakter findet der/die erkennt, was er/sie sich und der Menschheit antut, wenn der Menschensohn seine biblisch prophezeite Aufgabe nicht in der vorgegebenen Weise vollziehen kann. Wir werden nur handeln können, wenn Wir dazu aufgefordert sind und wenn Sie sich Uns gemäß Heb. 10.13 im Vertrauen auf Unsere Weisheit, Unsere Güte und Unser Gerechtigkeitwalten hingeben. Das tun Sie, indem Sie Unsere Stellung anerkennen und Uns **dadurch** Aufforderung und erweiterte Möglichkeiten zur Handlung geben. Da der freie Wille von Uns hochgehalten wird, Wir nur Diener Gottes sind und das tun, was sich zu tun Uns zeigt, sind Wir an diese Vorgehensweise gebunden. Die aufgrund Unserer Ausrichtung sich gezeigt habenden internationalen Beziehungen und Treffen fanden zwar mit einem Präsidentschaftskandidaten von Gambia, einem König von Benin und einem Geschäftsmann aus Montenegro statt, der mit einigen osteuropäischen Regierungen enge Beziehungen pflegt, jedoch war keine der wohlwollenden Individuen in einer Machtposition, um den Staat Königreich Deutschland des Schöpfers völkerrechtlich anzuerkennen. Das wurde auch so verbal formuliert. Es zeigt sich klar:

Die Deutschen MÜSSEN sich (auf die Weise Unserer Anerkennung) selbst befreien. Das wird von Ihnen erwartet! Es ist nun Ihre Aufgabe dies zu ermöglichen! Ihre Entscheidung hat weitreichendere Folgen als Sie ahnen! Sobald das geschehen ist, können Wir gemeinsam mit Ihnen die bestehende Unordnung in eine göttliche Ordnung wandeln. So können Sie sich mithilfe Unseres Zutuns aus des Satans Struktur erlösen. Wir sind DER biblisch prophezeite Menschensohn und Wir können das nun auch substantiiert beweisen (siehe z.B. auch: „Endzeit: Geburtswehen eines neuen Zeitalters“ und „Menschensohn – Autobiografische Einblicke: Lehrjahre sind keine Herrenjahre ...“). Das ist auch der Grund, für all das bisherige Geschehen. Wenn Sie Unseren Worten nicht glauben sollten, dann

schauen Sie doch auf Unsere Taten. Niemand auf diesem Planeten hat bisher mithilfe friedlicher Mittel in selbstloser Weise vergleichbare Gemeinwohlstrukturen als Ausdruck der göttlichen Schöpfungsordnung in allen Lebensbereichen geschaffen. Dazu gehört u.a. ein eigenes Geld-, Wirtschafts-, Banken-, Renten-, Gesundheits-, Austausch-, Arbeitslosenabsicherungs-, Bildungs- und Verwaltungssystem. Wann sind denn Staaten und völlig neue Strukturen in nahezu allen Lebensbereichen durch die Gedankenkraft eines Mannes und durch ausschließlich friedliche Handlungen entgegen aller Widerstände entstanden und dieser Mann lebt noch? Haben sie so etwas in der Geschichte jemals beobachten können? Hören Sie nun auf Unser Wirken zu blockieren! Es ist nun **die richtige Zeit**. Die Menschen der Welt erwarten und brauchen Uns.

Wie Sie selbst auf Seite 3 in Ihrem Schreiben ausführten, beruht die Bildung der Gesamtstrafe auf einer zusammenfassenden „*Würdigung der einzelnen Taten*“ und „*der Person des Verurteilten*“.

Als Vorbemerkung sei gestattet auszuführen: Wir sind keine „Person“, Wir sind ein göttliches Wesen und wie Sie Unsere und welche Taten „würdigten“, wird hier noch erklärt.

Schön anzusehen ist, dass Sie auch hierbei die Maskerade fallen lassen, denn bisher glaubten die Personen (Sklaven) wohl immer noch, dass vor dem Gesetz Jedermann gleich wäre. Aber in dieser satanischen Unordnung ist es wohl so, dass sich die Kriminellen mit den Gewissen- und Skrupellosen, den Unwissenden und den Gleichgültigen verschworen haben zur Knechtung Aller, außer der Bösen. Diese haben sich auch Immunität verschafft. Die Systemkriminalität ist auch der Grund, warum Wir für nicht getätigte sog. Straftaten sogar noch härter bestraft wurden, als echte Straftäter. Erhalten andere Verurteilte Geldstrafen, bekommen Wir Haft ohne Bewährung und das obwohl Wir die anwaltliche Auskunft erhalten hatten, dass Wir keine fehlerhaften Taten begehen würden.

Jeder, der die Prozesse verfolgte und seinen Verstand nutzt, der weiß nun, dass Wir all die Uns vorgeworfenen Taten nicht begangen haben, dass es in Ihrer Unordnung kein Recht und keine Gerechtigkeit gibt und dass alle im System Dienenden nur Handlanger Satans sind. Jeder, der sein Gewissen noch fühlt und es beachtet, sollte hieran erkennen, dass es höchste Zeit ist, sich von des Satans Struktur abzuwenden und Uns, dem Menschensohn, zu folgen. Vielleicht sind Wir ja Ihre einzige Rettung? Bekanntlich gibt es bisher nur Unserer Struktur, die auf einvernehmlichem und friedlichem Wege eine freiheitliche Ordnung möglich macht. Alles, was die gegenwärtig herrschende satanische Machtelite mit diesem „Great Reset“ verfolgt, ist nur die vollständige Eliminierung von Freiheit und die Etablierung einer vollendeten Form zentralistisch-faschistischer Herrschaft zur Gleicharmmachung und Unterjochung Aller nach chinesischem Vorbild, außer der obersten Bösen. Wenn das geschieht, dann ist das fast das Ende dieser menschlichen Zivilisation und die Aufgabe des kollektiven Aufstieges ist (wieder einmal) gescheitert. Noch haben Sie die Chance das zu ändern. Wir dürfen nur handeln, wenn Sie das Richtige tun. Es ist nun an der Zeit, Unsere Stellung als Staatsoberhaupt und König der Könige dadurch anzuerkennen, indem Sie Mut zeigen und das Verfahren wegen Strafverfolgungshinderungsgründen durch Beschluss einzustellen. Wir werden auch bald schon dem Vatikan und Israel mit Kurierpost zur Rückgabe und zur Befriedung der Welt mithilfe Unseres Wirkens auffordern.

Was haben Wir getan und warum sind Wir wirklich verurteilt worden?

Wir haben in Ihre in allen Lebensbereichen satanisch ausgerichtete Welt eine göttliche Ordnung mit allen Ersatzstrukturen geschaffen, die die einfache Person (noch) braucht. Wir haben Ihre satanische Ordnung gemäß 2. Kor. 6.14 und 6.17 so weit es geht verlassen und haben wieder eine Ordnung gemäß der göttlichen Schöpfungsgesetze in diese Welt gebracht. DAS sind Unsere wirklichen Taten und die „würdigen“ Sie nicht, Sie verurteilen diese, weil Satan Ihr Herr (oder der Ihres Sie befehligen den Dienstherrn) ist und der ein Lügner und Mörder von Anbeginn ist. Wir haben mit all

Unseren Handeln immer nur versucht, Sie und Ihresgleichen an die eigenverantwortliche Umsetzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erinnern, die Sie und Ihresgleichen immer behaupten zu verteidigen, die Ihre Dienstherrn in Wirklichkeit aber bekämpfen, Sie und Ihresgleichen für diesen Kampf gegen die Freiheit benutzen und Sie sich (immer noch) benutzen lassen. Damit sollte nun Schluss sein. Bemerken Sie die Zeichen der Zeit!

Doch nun zum Einzelnen:

Da das im letzten Schreiben von Uns Vorgebrachte ignoriert worden ist, wiederholen Wir es hier in Auszügen und ergänzen/ändern es wie folgt:

A.)

Es bestehen Strafvollstreckungshinderungsgründe.

Aufgrund höherrangiger völkerrechtlicher Vorschriften – hier das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen – besteht umfassende Immunität, da Wir, Peter, Menschensohn des Horst und der Erika, Oberster Souverän und König von Deutschland, das Staatsoberhaupt des Staates Königreich Deutschland sind und Staatsoberhäupter grundsätzlich gemäß völkergewohnheitsrechtlicher Vorschriften umfassende Immunität genießen. Jedes Gericht ist **grundsätzlich in jeder Verfahrenslage** verpflichtet, Verfahrenshindernisse, also gerichtliche Verfahrenseröffnungs- oder -weiterführungs- und/oder Vollstreckungshindernisse, zu prüfen. Diese liegen vor.

Beweise:

- Kopie Diplomatenpass Königreich Deutschland (Anlage 1)
- Clearingbericht Polizeipräsident Berlin (Anlage 2)
- Gutachten erstellt im Auftrag des AG Dessau-Roßlau zu „Peter Fitzek“ (Anlage 3)
- Presseerklärung des Bundesgerichtshofes vom 26.03.2018 (Anlage 4)
- Kopie Pressepass, ausgestellt vom bundesdeutschen Verband der Pressejournalisten (Anlage 5)
- Kopie Flugboardkarten – Peter I., König von Deutschland (Anlage 6)

Bei Bedarf können dem Gericht gern weitere Urkunden und Beweise vorgelegt und Zeugen gehört werden, die die Existenz des Staates Königreich Deutschland als Staat gemäß Völkerrecht und Unsere Stellung, Staatsoberhaupt des Staates Königreich Deutschland, als auch Unsere Identität als Menschensohn belegen, aus der sich die Immunitäten ableiten.

Es wird dann um richterlichen Hinweis gebeten.

Wir hatten bei all den gerichtlichen Vorgängen immer und explizit **nicht auf Unsere von der gerichtlichen Immunität unabhängig zu betrachtende Vollstreckungsimmunität verzichtet.**

Wir ersuchen hiermit durch gerichtlichen Beschluss um die Einstellung des Verfahrens wegen dieser Vollstreckungshinderungsgründe.

B.)

Zur Vollständigkeit und zur Klarstellung der Tatsachen sei noch das Folgende hinzugefügt, das zu den hilfsweise gestellten Anträgen und für die dazu gehörende Glaubhaftmachung/Beweisführung erheblich ist.

B. 1.

Das Urteil des Landgerichtes Dessau-Roßlau vom 20.12.2019 enthält schwerwiegende Fehler zu unserem Nachteil. Diese resultieren nicht allein aus der Tatsache heraus, daß Wir die vorgeworfenen Taten nicht begangen haben und trotzdem verurteilt worden sind.

Diese Fehler sind wie folgt:

- Der Richter Knief hat **das bereits beim LG Hof** im Verfahren 2 Ns 36 Js 8205/13 (und 4 Ds 36 Js 8205/13 AG Hof) vom 05.07.2019 **einbezogene Urteil** des LG Dessau-Roßlau vom 10.08.2017, **nochmals** bei seiner Gesamtstrafenbildung **einbezogen**. Er hätte das Urteil des LG Hof zur Grundlage seiner weiteren Gesamtstrafenbildung machen müssen und dabei auch die 2 Monate, die dort bereits als vollstreckt gelten (gebildet aus dem Urteil des LG Dessau-Roßlau und dem Urteil des LG Hof) nicht unbeachtlich lassen können.

Korrekt ist in Ihrem Schreiben datiert auf den 30.12.2020, welches Uns durch Einwurf auch am 30.12.2020 zugestellt worden ist, ausgeführt, dass **aus dem Urteil des LG Dessau-Roßlau vom 10.08.2017 bereits ein Monat als vollstreckt anzusehen** ist.

Das maßgebliche Urteil des LG Hof wurde aber wieder nicht in diese Berechnung einbezogen. In diesem Urteil des LG Hof ist ausgeführt, dass aufgrund des Urteils des LG Dessau-Roßlau **ein Monat** als vollstreckt gilt und **ein weiterer Monat** aufgrund der überlangen Verfahrensdauer vom AG Hof zum LG Hof als vollstreckt anzusehen ist.

B. 2.

Auf Seite 2 Ihres Schreibens vom 30.11.2020 ist unten aufgeführt:

*„Die Gesamtfreiheitsstrafe ist teilweise verbüßt vom 31.10.2018 bis 08.02.2019. Ferner waren **ein Monat** lt. Urteil sowie **658 Tage** U-Haft aus dem Verfahren 672 Js 14849/13 anzurechnen.“*

Korrekt ist:

Wir haben vom **08.06.2016** bis zum **09.04.2018** in Untersuchungshaft zugebracht.

Beweise:

-Haftbefehl vom Landgericht Halle (Anlage 7)

-Beschluss vom Landgericht Halle zur Aufhebung des Untersuchungshaftbefehls (Anlage 8)

Dies sind **668** Tage. Also 10 Tage mehr, als in Ihren Schreiben ausgeführt.

Auf Seite 2 Ihres Schreibens ist aufgeführt:

„2.

durch Urteil des Amtsgerichts Hof vom 29.03.2016, Az: 4 Ds 36 Js 8205/13 (nach Maßgabe des Urteils des Landgerichtes Hof vom 05.07.2019)

wegen vorsätzlichen Fahrens ohne Fahrerlaubnis

zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten;

gebildet aus einer Einzelstrafe von 5 Monaten sowie den Einzelstrafen aus der Verurteilung zu 1.

Die Freiheitsstrafe ist noch nicht verbüßt.

Weitere Nebenstrafen/Maßnahmen:

Sperre für die Fahrerlaubnis bis 21.08.2021.

Die Maßnahme nach § 73 Abs. 1 Satz 1 StGB in der bis zum 30.06.2017 geltenden Fassung aus der Verurteilung zu 1. wurde aufrechterhalten.

3.“

Hier ist unter 2. in Ihrem Schreiben klar ersichtlich, dass die im **maßgeblichen Urteil des LG Hof** (Az: 2 **Ns** 36 Js 8205/13) bereits als vollstreckt zu geltende Freiheitsstrafe in Höhe von **2 Monaten nicht** aufgeführt ist. Dieser **eine Monat fehlt** also in Ihrer Berechnung, der als bereits vollstreckt anzusehenden Zeit der Freiheitsstrafe.

Das resultiert daraus, da sich die 2 Monate der als bereits verbüßt anzurechnenden Freiheitsstrafe nicht in dem von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 17.11.2020 aufgeführten **AG Hof-** Urteil mit dem Aktenzeichen 4 **Ds** 36 Js 8205/13 finden. Das Urteil des AG Hof ist hierbei aber nicht maßgeblich.

Dabei wird aus dem maßgeblichen Urteil des **LG Hof** klar, dass es sich

1. um **einen Monat** handelt, der sich aus dem in Ihrem Schreiben unter 1. in die Gesamtstrafenbildung eingeflossenen Urteilsspruch des LG Dessau-Roßlau vom 10.08.2017 ergibt und

2. der **zweite Monat** sich aus der überlangen Verfahrensdauer im Landgericht Hof selbst ergibt.

Auf **Seite 2 des Urteils des LG Hof (Az: 2 Ns 36 Js 8205/13)** vom 05.07.2019, schriftlich ausgefertigt am 29.07.2019, ist zu lesen:

„3. Von der erkannten Gesamtfreiheitsstrafe gelten **zwei Monate** als vollstreckt.“

Auf Seite 28 des Urteils wird dies dann näher begründet.

Dieser **eine Monat**, resultierend aus dem Urteil des LG Hof, ist in Ihrem Schreiben vom 30.12.2020 nicht aufgeführt und ist folglich **zusätzlich zu den** in Ihrem Schreiben bereits als vollstreckt anzusehenden **Freiheitsstrafe von insgesamt 2 Monaten und 2 Wochen hinzuzurechnen. Es sind somit, zusätzlich zu den bereits vollstreckten Freiheitsstrafen, 3 Monate und 2 Wochen als bereits vollstreckt anzusehen.**

Insgesamt ergeben sich somit zwei Jahre, vier Monate, drei Wochen und zwei Tage (oder 28 Monate und 23 Tage), die bereits als vollstreckt anzusehen sind.

Da es sich immer noch um eine Erstverbüßung handelt, bereits einer 2/3 Regelung zugestimmt worden ist, die Strafvollstreckungskammer bereits eine 2/3 Regelung anwandte und sich aus der bereits vollstreckten oder als vollstreckt anzusehenden Zeit ergibt, dass bei der o.g. Berechnung in jedem Fall die Verbüßung von mehr als 2/3 der Strafzeit erreicht oder gar überschritten ist, ist hilfsweise auch aus diesem Grund eine Beendigung des Verfahrens zu erwirken und es ist keine weitere Haftzeit anzuordnen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter I.
Menschensohn
Oberster Souverän
Königreich Deutschland